

Autor: Eva Quadbeck führte das Interview
Seite: 9 bis 9
Rubrik: WIRT
Seitentitel: GES
Ausgabe: Rheinische Post Gesamtausgabe

Gattung: Tageszeitung
Jahrgang: 2013
Auflage: 386.057 (gedruckt) 342.807 (verkauft)
362.119 (verbreitet)
Reichweite: 1,05 (in Mio.)

"Mehr Vorsorge in Schulen"

Gernot Kiefer

Vorstand des Spitzenverbandes der Krankenkassen zum Präventionsgesetz

Gernot Kiefer

Vorstand des Spitzenverbandes der Krankenkassen zum Präventionsgesetz Welche konkreten Verbesserungen bringt das Präventionsgesetz für die Versicherten, das morgen im Bundestag beraten wird?

Kiefer Bereits heute konzentrieren wir uns stark auf die betriebliche Gesundheitsförderung. Diese wird mit zwei Euro pro Jahr und Versichertem deutlich ausgeweitet. Das ist sinnvoll. Damit können wir einen Beitrag dazu leisten, dass die Beschäftigten auf der Basis guter Gesundheit ihre Erwerbstätigkeit ausüben können. Wir werden zudem mit einem Euro pro Versichertem und Jahr unser Engagement in Schulen, Kindergärten und in sozial schwierigen Stadtteilen ausweiten.

Wird es dafür künftig weniger Yoga-

Kurse auf Kosten der Krankenkassen geben?

Kiefer Die Unterstützung für Rückenschule und andere individuelle Kurse wie Ernährungsverhalten bleibt erhalten. Solche Kurse sind eine Möglichkeit, um Impulse für mehr gesundheitsbewusstes Verhalten zu geben.

Wurde in den vergangenen Jahrzehnten zu wenig in die Prävention investiert?

Kiefer Die Krankenkassen haben in dieser Hinsicht ihre Hausaufgaben erledigt. In den vergangenen 20 Jahren haben wir unsere Ausgaben für Prävention insgesamt von 1,8 auf 4,6 Milliarden Euro pro Jahr gesteigert. Gleichzeitig stagnieren die entsprechenden Ausgaben der öffentlichen Hand seit über 15 Jahren bei rund zwei Milliarden Euro. Ich erwarte, dass auch Bund, Länder und Kommunen zusätzlich in die Gesundheitsvorsorge investieren, wenn die

Krankenkassen dies tun. Ansonsten können wir kein schlüssiges Konzept umsetzen.

Wie viel sollte die öffentliche Hand dazugeben?

Kiefer Bund, Länder und Kommunen müssen sich mit den Krankenkassen an einen Tisch setzen und beraten, was inhaltlich notwendig ist. Wir brauchen mehr abgestimmte und verlässliche Maßnahmen zur Gesundheitsvorbeugung. Aus meiner Sicht muss vor allem mehr vor Ort in Kindergärten, Schulen und in sozial schwierigen Stadtvierteln getan werden. Es geht beispielsweise um die Verpflegung in den Schulkantinen und um den Schulsport. Bei den Ausgaben für die Prävention ist die öffentliche Hand in der Pflicht, mit den Kassen mindestens gleichzuziehen.

Eva Quadbeck führte das Interview

Wörter: 312
Urheberinformation: (c) Rheinische Post